8A6LniQo

Verliert Passau sein Gesicht?

Die Debatte um die Stadtbildsatzung wird zum Balanceakt zwischen Konservierung, Identität und Energiewende – Ausgerechnet die ÖDP ist gegen Photovoltaik in der Altstadt

Von Mareen Maier

Passau. Es ist ein schmaler Grat: Wo darf Modernisierung in Altstädten ansetzen? Und wie weit darf sie gehen? Diese Fragen werden derzeit in Passau diskutiert und sie haben Strahlkraft auf ganz Ostbayern.

Stein des Anstoßes ist die Passauer Stadtbildsatzung. Sie stammt aus dem Jahr 1986 und wurde 2007 zuletzt aktualisiert. „Sinn und Ziel der Satzung ist die Einhaltung des historisch gewachsenen Stadtbildes in seiner charakteristischen Ausformung und die harmonische Einfügung von Neubauten in das Stadtbild“ – so heißt es in der Präambel.

An den detaillierten Vorgaben soll grundsätzlich nicht gerüttelt werden, dennoch möchte die Passauer SPD die Satzung auf ein modernes Level heben. Die politischen Diskussionen und der Diskurs mit den Bürgern hätten gezeigt, dass Anpassungen notwendig erscheinen würden, schreibt die Fraktion in ihrem Antrag. Ein Vorschlag, der die Gemüter erhitzt: Auf Dach- und Fassadenflächen sollen künftig leichter Photovoltaikanlagen gebaut werden dürfen.

Dieser Gedanke lässt Urban Mangold, Bezirksrat und Fraktionsvorsitzender der Passauer ÖDP, erschaudern. „Was viele Besucher und die Passauer selbst erfreut, ist doch, dass man von den Aussichtspunkten am Oberhaus und Mariahilf auf die ursprüngliche erhaltene Dachlandschaft blickt, die auch im Krieg unzerstört geblieben ist. Die Dachlandschaft der Altstadt ist die fünfte Fassade“, betont Mangold. Eine großzügige Freigabe für Photovoltaikanlagen auf den Dächern im sogenannten Ensemblebereich würde aus seiner Sicht das Gesicht der Stadt völlig verändern.

Der Dom scheidet für eine Photovoltaikanlage wohl aus, andere Dächer könnten nach dem Willen der SPD dagegen mit Modulen zugepflastert werden. Auch Aufzüge und Stockwerksausbauten will die Fraktion diskutieren. Foto: Archiv

Mangold fürchtet unsensiblen Umgang

Dass allerdings ausgerechnet die ÖDP massive Kritik am Vorschlag der SPD äußert, mag zunächst verwundern, schließlich setzt sich die Partei vehement für die Energiewende ein und hat gerade erst eine Solarstrom-Offensive für die Stadt Passau angeregt. Die Gefahr für Doppelmoral sieht Mangold, der selbst mit Altstadtblick in der Innstadt lebt, aber nicht. „Ich bin seit meiner Jugend ein Kämpfer für die Energiewende. Hier kann niemand meine Absichten in Zweifel ziehen. Von allen Gebäuden Passaus stehen drei Prozent unter Denkmalschutz, aber genau diese drei Prozent machen die Identität der Stadt aus“, betont er.

Schon jetzt seien Photovoltaikanlagen im Altstadtbereich in Abstimmung mit dem Landesamt für Denkmalschutz möglich. Das alte Passauer Rathaus selbst sei das beste Beispiel, sagt Mangold. Hier gebe es schon lange eine Anlage, die aber völlig unproblematisch sei, weil man sie von den Aussichtspunkten aus nicht sieht.

Grundsätzlich sitzt die Sorge vor einer Aushöhlung der Satzung bei Mangold tief – auch deshalb, weil die Stadt in den vergangenen Jahren nicht besonders behutsam mit dem städtebaulichen Erbe umgegangen sei. Als Beispiel nennt Mangold das Betonklohäuschen an der bekannten Passauer Ortsspitze. Das sei unsensibel gewesen.

Moderne Solarziegel als Alternative?

„Ich würde unser Ansinnen als sehr harmlos bezeichnen“, sagt hingegen SPD-Stadtrat und Architekt Fritz Gerstl, der neben dem Fraktionsvorsitzenden Markus Sturm den Antrag unterzeichnet hat. Derzeit gehe man sehr restriktiv mit dem Thema Photovoltaik um, zudem müssten die neuen, modernen Möglichkeiten beleuchtet werden. „Da gibt es technisch mittlerweile so viel. Zum Beispiel Solarziegel, die dann aussehen wie eine Bleidecke, die also matt sind und nicht glänzen“, sagt Gerstl.

SPD-Stadtrat Fritz Gerstl will die Auflagen der Stadtbildsatzung in einigen Teilen aufweichen. Fotos: Mareen Maier

ÖDP-Fraktionsvorsitzender Urban Mangold steht beim Aussichtspunkt Mariahilf vor der Kulisse Passaus.

Die Solarenergie ist allerdings nur Thema mit Änderungspotenzial, das die Passauer SPD sieht. Angeregt wird auch ein leichterer Ausbau von Dachböden mithilfe von Dachgauben und Dachflächenfenstern, um Wohnraum entstehen zu lassen. Wie auch bei den Photovoltaikanlagen auf den Dächern gilt bislang, dass lediglich im Einzelfall Ausbauten möglich sind. „Mein Wunsch wäre, dass es im Prinzip einen Rechtsanspruch auf zehn Prozent der Dachfläche geben sollte, um diese Fläche in Abstimmung mit dem Denkmalschutz zu nutzen“, sagt Gerstl. Daneben schlägt die SPD wegen der Barrierefreiheit einen erleichterten Einbau von Aufzügen vor. Dazu Mangold: „Ich will mir gar nicht vorstellen, wie mit Aufzügen Gewölbe- oder gar Stuckdecken durchbrochen werden.“

Und ein weiterer Punkt wird diskutiert: die Gestaltung der Außengastronomie. Sonnenschirme etwa müssen bisher weiß bis beige sein, Stühle sind nur aus Holz und Metall erlaubt. Praktikabler wäre es laut Gerstl doch, wenn auch Stühle aus Kunststoff im Altstadtbereich zulässig sein würden – allerdings legt der Stadtrat hier Wert auf den Zusatz: Kunststoffstühle mit einem Bezug, also mit Hussen.

Doch Plastikstühle in der historischen Altstadt? Allein die Idee sei grotesk, sagt der ehemalige zweite Bürgermeister Mangold. „Schon aus ökologischen Gründen sollten wir auf Plastik verzichten. Zudem wäre das einfach unangemessen. Es geht auch um Stil und Geschmack.“ Gerstl hingegen würde sich über ein etwas farbenfroheres Passau freuen.

In **Regensburg** ist seit 2007 die sogenannte „Altstadtschutzsatzung“ in Kraft. Darin ist unter anderem geregelt, dass Solarzellen, Sonnenkollektoren und vergleichbare technische Anlagen wie zum Beispiel Photovoltaikanlagen unzulässig sind, heißt es aus der Pressestelle der Stadt. Hochwertige Kunststoffkonstruktionen bei der Außengastro können nur unter bestimmten Voraussetzungen ausnahmsweise zugelassen werden. Auch in **Landshut** gilt eine Gestaltungssatzung für die historische Innenstadt, diese wurde allerdings erst im März dieses Jahres vom Stadtrat beschlossen. Photovoltaik- und Solaranlagen sind nur unter deutlichen Einschränkungen zulässig.

Auch andere ostbayerische Städte bisher restriktiv

In **Straubing** dagegen gibt es keine Stadtbildsatzung. „Die Dächer- und Fassadengestaltung in Ensemblebereichen wie dem historischen Stadtkern wird über das Denkmalschutzrecht geregelt. Photovoltaikanlagen sind dabei nur in sehr begrenztem Umfang in Einzelfällen möglich. Bei anderen baulichen Anlagen und Anbauten erfolgt eine Beurteilung im Einzelfall“, lautet die Presseauskunft. Zudem ist im Innenstadtbereich Plastikmobiliar ebenso ausgeschlossen wie grelle Farben.

In Passau sind nun die Verwaltung und die Fraktionen aufgerufen, Vorschläge zur Änderung der Stadtbildsatzung einzubringen. Fritz Gerstl betont abschließend: „Es geht uns natürlich nicht darum, etwas kaputtzumachen – wir möchten Lösungen anbieten. Rund 90 Prozent der Satzung würden unangetastet bleiben.“ Er wünscht sich deshalb, „dass sich alle ein bisschen locker machen“.

Urban Mangold dagegen befürchtet, dass mit einer Aufweichung der Satzung ein Prozess losgetreten werden könnte, der eines Tages nicht mehr zu stoppen ist. Sollte die Satzung substanziell ausgehöhlt werden, sei die ÖDP durchaus bereit, auch vor einem Bürgerbegehren nicht zurückzuschrecken.

Greipl: „Ausgerechnet Passau“

Beim Thema Denkmalschutz hat er noch nie einen Finger vor den Mund genommen, sondern eher direkt in die Wunde gelegt: 14 Jahre lang war Egon Greipl (72) Generalkonservator Bayerns. Die Debatte in seiner Heimatstadt lässt ihn erzürnen. „Ausgerechnet Passau!“, ruft er auf Nachfrage.

Die Stadt sei schlecht beraten, wenn sie ihre vorbildliche Stadtbildsatzung aufweichen würde. Sie solle eher auf einen regel- und gleichmäßigen Vollzug der Satzung achten. „Hier gibt es erhebliches Verbesserungspotenzial“, sagt Greipl, der für die ÖDP im Stadtrat saß. „Die Anbringung von Photovoltaikflächen im denkmalgeschützten Ensemble liegt ausschließlich im finanziellen Interesse der Altstadt, also der Immobilieneigentümer“, glaubt Greipl. „Die an einem intakten Stadtbild interessierte Allgemeinheit wird hingegen geschädigt. Der ökologische Effekt hinsichtlich der Energiewende ist minimal.“ Man solle lieber die Dächer von Supermärkten, Lagerhallen und Schulen bebauen. (mam/ks)

Mann schächtet Schafe auf verwahrlostem Hof

Neuhaus am Inn. (dpa) Ein Mann hat auf einem verwahrlosten Hof in Niederbayern Schafe geschächtet. Gegen ihn wird nun wegen Verstoßes gegen das Tierschutzgesetz ermittelt, wie die Polizei am Freitag mitteilte. Der 64-Jährige habe auf dem „abbruchreifen“ Hof in Neuhaus am Inn (Landkreis Passau) ein Schaf zum Fastenmonat Ramadan geschächtet – also ohne Betäubung geschlachtet.

Bei einer Kontrolle hätten Beamte das ausgeweidete Tier, verschiedene Messer, Schärfwerkzeuge und Schlachterutensilien gefunden. Schächtungen sind in Deutschland verboten, können aber für religiöse Zwecke genehmigt werden. Dafür müssen strenge Hygienevorgaben eingehalten werden.

Weil der Mann bereits im vergangenen Jahr laut Polizei Schafe geschächtet hatte, kontrollierten die Beamten ihn am Donnerstag. 55 weitere Schafe und zwei Lämmer, die der Mann auf dem Hof hielt, brachten Polizei und Veterinäramt anschließend von dem Anwesen weg.

Stadtbahn: Zweispurig bis ins Umland

Regensburg. (red) Die geplante Stadtbahn in Regensburg soll eine Spurbreite erhalten, die auch den Anschluss der Bahnstrecken im Landkreis erlaubt. Das war eine der Kernaussagen eines Digitaldialogs mit dem Regensburger Bundestagsabgeordneten Peter Aumer (CSU) am Donnerstagabend. „Die Bahn muss zu den Menschen kommen, nicht umgekehrt.“ Als Vorbild könnte Karlsruhe dienen. Dort wurde das innerstädtische Straßenbahnnetz mit dem Eisenbahnnetz verbunden. Vertreter der Karlsruher Verkehrsbetriebe stellten das Projekt vor. Die Fahrgastzahlen hätten sich verzehnfacht. Eine solche Zweisystem-Bahn sollte auch vorhandene Gleise, etwa von Langquaid und Schierling nach Regensburg, nutzen, sagte Schierlings Bürgermeister Christian Kiendl (CSU). Es brauche Visionen, um die 70000 Einpendler täglich zum Umstieg auf die Schiene zu bewegen, waren sich die Teilnehmer einig.

„Kunst und Krempel“ im Kloster Metten

Metten. (red) Ist der alte Dachbodenfund vielleicht eine wertvolle Antiquität? Diese Frage klärt die Sendung „Kunst und Krempel“ im Bayerischen Rundfunk regelmäßig. Von Freitag, 4., bis Sonntag, 6. Juni, ist „Deutschlands älteste Antiquitätensendung“ im Kloster Metten (Kreis Deggendorf) zu Gast, teilt der Sender mit. Für die Aufzeichnung der rund 18 Folgen sucht der BR Antiquitätenbesitzer, die mehr über ihre Schätze erfahren wollen. Die Experten von „Kunst und Krempel“ bewerten Objekte aus insgesamt sechs Themengebieten: Skulpturen, Uhren, Kunst auf Papier, Glas, Spielzeug und Gemälde. Ausgestrahlt werden sie wohl Anfang Juli im BR immer samstags von 19.30 bis 20 Uhr. Bewerbungen sind bis Montag, 3. Mai, möglich. Infos unter www.kunstundkrempel.de.

Experten für Spielzeug: Matthias Ernst und Anke Wendl Foto: Martina Bogdahn/BR